

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

17. September 2013

GRÜNE 18 / 2013

Ratsantrag

„ Inklusion an Grundschulen “

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt den anstehenden SEP Primarstufe 13-18 um das Kapitel „Inklusion“ zu ergänzen.

Bei den Schulleitungen, ggf. in Zusammenarbeit mit dem Gebäudemanagement, soll in Erfahrung gebracht werden, in welcher Weise die Schulen den speziellen Anforderungen der Inklusion bereits jetzt Rechnung tragen. Dies kann zum Beispiel an Hand von folgenden Punkten gestaltet werden:

- Gebäudebestand bezogen auf Barrierefreiheit, genügend Differenzierungsräume, Platz für Schulbegleiter und Sonderpädagogen, Größe des Schulhofs
- Ausstattung der Schule in Bezug auf Lärmschutz, Computerarbeitsplätze und ähnlichem
- vorhandene Ressourcen der Schulen
- bereits bestehende pädagogische Konzepte wie Leitprofil Inklusion, GU Unterricht

Nur auf dieser Grundlage können politische Entscheidungen für einzelne Grundschulstandorte zur schrittweisen Umsetzung des inklusiven Schulwesens pädagogisch sinnvoll getroffen werden.

Begründung:

Mit einem Beschluss des anstehenden Schulentwicklungsplans Primarstufe werden Richtungsentscheidungen für die nächsten Jahre getroffen. Der Unterrichtsauftrag der allgemeinen Schulen wird erweitert werden: Sie sind künftig auch für die Förderung aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zuständig. Somit ist die Inklusion ein wesentliches Thema eines zukunftsorientierten Unterrichts.

Bisher war unser Handeln davon getragen, auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu warten. Die Forderung Inklusion in den Schulen umzusetzen, soll nicht einem übereilten Aktionismus den Weg bereiten, sondern schrittweise zu einem umfassenden Gesamtkonzept führen, in dem sowohl die gegebenen Räumlichkeiten, die finanziellen Möglichkeiten und die pädagogischen Ansprüche Berücksichtigung finden müssen.

Der SEP muss die Grundlage für eine strukturierte, konzeptionell abgestimmte Verwirklichung inklusiver Bildung legen, so dass Schulen und Lehrkräfte die anstehenden Aufgaben auch bewältigen können.

Natürlich ist es wünschenswert, Inklusionsunterricht an allen Grundschulen möglich zu machen. Die beschränkten finanziellen Ressourcen ermöglichen zunächst allerdings nur eine Kompromisslösung. Deshalb plädieren wir für die Entwicklung einzelner Grundschulstandorte, die inklusiven Unterricht vernünftig darstellen und durch Kontinuität spezifisches Wissen aufbauen können, als wie bisher alle Schulen gleichermaßen mit hohen Ansprüchen zu überfordern.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin